

## Die gegenwärtige Situation an den chilenischen Universitäten

Seit einigen Monaten befinden sich an der TH vier Chilenen. Alle kamen auf verschiedenen Wegen nach dem Staatsstreich der Pinochet-Clique in die DDR. Hier in der Republik fanden wir Aufnahme, die Möglichkeit der persönlichen Entwicklung und – was am wichtigsten ist – einen Ort, um unseren Kampf fortzusetzen. Die fürchtigsten Chilenen, die im Lande sind, und die die Sicherheit des Landes leben, bilden eine einheitliche Front gegen die faschistische Diktatur. Die Anwesenheit der Chilenen an der TH ist konkreter Ausdruck der Solidarität eines Volkes, das an unserer Seite steht.

Dank dem Studium und der Weiterbildung werden wir besser vorbereitet nach Chile zurückkehren, um zwar ein Dienstamt zu errichten und später die Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus zu schaffen.

Wie kurios höchen wir die Nachricht vom "Tode des Genossen Alberto-Corvalán". Sie war Anlass, die internationale Bewegung für die Freilassung der politischen Gefangenen zu verstärken. Außerdem zeigte sie die Grausamkeit der Militärguerrilla, die jede Gelegenheit nutzt, Terror und Folter anzuwenden.

Aber die faschistischen Tyrannen verachten gleichzeitig ihre Macht auf ideologischem Glauben zu festigen. Ein deutsches Beispiel ist ihre Haltung an den Universitäten. An allen Universitäten wurden Militärs als Rektoren eingesetzt. Die Verluste Pinochets genügten, Tausende von Studenten und Professoren wurden verhaftet, gefoltert oder einfach ohne Arbeit oder ohne Studienmöglichkeit gelassen.

Die Junta ließ alle technologischen Institute schließen, die unter der Unidad Popular für die Arbeiter geschaffen wurden waren. Heute können nur die Söhne der Wohlhabenden studieren, die anderen müssen arbeiten. Wenn sie Arbeit finden.

Der erste Schritt der Junta in Chile war das Bildungswesen zu militarisieren. Die höchste Autorität ist das Pinochet-Regime, das entscheidet, welche Bildungspolitik geschieht werden müssen. Man hat einen Lehrling der "Nacionales Sicherheit" geschaffen, mit dem alle Universitäten verpflichtet werden, die faschistischen Grundlagen des Systems zu studieren. Dieses Ziel es ist, aber den zukünftigen Berufstätigen ein Bedürfnis der vielfältigen Bedeutungen, die das Leben des Staates geprägen, zu entwickeln, die in ihrer starken Form den Krieg bedeuten würden. (Dekret des Bildungsministeriums der Junta, Nr. 127/2 aus dem Jahre 1974).

Diese Absicht, das Bildungswesen zu militarisieren, ist auf den starken Widerstand der Studenten und Professoren gestoßen, die auf vielfältige Weise ihre Ablehnung manifestiert haben. Den Militärs ist es nur mit Waffengewalt und Terror gelungen, den Lehrling durchzusetzen. Der zweite Schritt der Junta war, die Intelligenz zu gewinnen. General Leigh (Chef der Luftwaffe) sagte in einem Interview, daß die Universität das wachsame Gewissen des Vaterlandes ist. („El Mercurio“ vom 17. Januar 1975). In dem Artikel fragt der General hinzu, daß nicht eine oberflächliche Korrektur genügt, sondern daß eine Änderung des Bewußtseins selbst nötig sei.

„El Mercurio“, die reaktionäre Zeitung Chiles, schrieb am 31. Januar 1975 in ihrem Leitartikel: „Das Land muß sich dringend um die intellektuelle Tugend, um das Kunstmuseum und die Wissenschaft kümmern.“ Die Militärguerrilla weiß, daß sie ohne wissenschaftliche Leistungen keine Fortschritte erreichen kann, und sie sagt es heute, nachdem sie viele Kliniken und Wissenschaftler gefangen oder zur Flucht ins Ausland gezwungen hat. Sie sucht Intellektuelle, die die faschistische Ideologie vertreten, doch sie findet sie nicht, weil das Volk ihre Diktatur ablehnt. Alle Versuche, das Volk Chiles zu gewinnen, sind zum Scheitern verurteilt.

Die Patrioten Chiles werden, wie Alende gesagt hat, die großen Alleen öffnen, die der freie Mensch durchstreifen wird.

María Berrios.  
Sektion Marxismus-Leninismus

## „PARTEITAGSINITIATIVE DER FDJ“



FDJ-Studenten  
bitte um Aufnahme  
als Kandidaten der Partei  
der Arbeiterklasse

**Genossin  
Doris  
Denecke**

Genossin Doris Denecke studiert seit September 1974 in der Fachrichtung Qualitätssicherung der Sektion Fertigungsgroß- und Fertigungsmittel. Seit Studienbeginn zeigt sie konstant gute bis sehr gute Leistungen, eine vorbildliche Studienhaltung und Studiendisziplin. Damit steht sie mit an der Spitze ihrer Gruppe.

Doris ist einer der aktiveren FDJ-Gruppenleiter der Sektion. Die Ye-  
stätigung ihres FDJ-Kollektivs und die  
erreichten Studienergebnisse der Gruppe sind wesentlich auch auf  
ihre bewußte und konsequente poli-

tische Arbeit zurückzuführen. Ihre  
FDJ-Gruppe kämpft um den Titel  
„Sozialistisches Studentenkollektiv“.

Die konsequente Haltung von Doris drückt sich darin aus, daß sie von sich selbst verlangt, was sie auch von den anderen fordert. Sie sagt selbst, daß die bequemsten Wege für sie schlechte Wege sind und daß es für sie selbstverständlich ist, den Problemen nicht auszuweichen, sondern sie direkt zu lösen.

Im Rahmen der „Parteitagsinitiative der FDJ“ wurde Doris als Kandidat der SED aufgenommen.



Unseren herzlichen Glückwunsch den Genossen Sabine Beer und Johannes Böttger (beide FPM) und allen anderen im Rahmen der „Parteitagsinitiative der FDJ“ in die Reihen unserer Partei aufgenommenen jungen Genossen.

**forschung  
und  
praxis**  
**HS**

## „PARTEITAGSINITIATIVE DER FDJ“



Interessante Diskussion im Parteilehrjahr im Zirkel des Genossen Zacharias (FPM).

### Zur Auswertung der 15. Tagung des ZK der SED

## Aspekte der Einsparung von Arbeitskräften und Arbeitsplätzen (2)

Was nun speziell die Landwirtschaft anbelangt, ist u. a. auch auf die von der Sektion Marxismus-Leninismus der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald vorgelegte statistische Material zu verzweigen, daß die Thuse von der Möglichkeit profitieren, die Landwirtschaft als Arbeitskräfteversorger zu betrachten.

Die Beschäftigten je 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche, die Arbeitsaufwand je Produkt sowie die ausgewiesene Steigerung der Produktivität der ha-Erträge und der Viehhaltung weisen sowohl die bisherigen Realitäten als auch noch die Potenziale möglicher Erholungsmaßnahmen in künftigen Jahren aus, da die industrielle Produktion in der Landwirtschaft, die Intensivierung auf dem Feld und im Stall noch längst nicht völlig ausgeschöpft sind.

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt betrug zum Beispiel vom 1960 bis 1973 der Rückgang der Berufstätigkeiten in der Industrie 0 Prozent, in der Landwirtschaft dagegen 31 Prozent, wobei im gleichen Zeitraum die ha-Erträge um etwa 5% stiegen.

Wie man sieht, kann offensichtlich die These nicht gehalten werden, daß in der Landwirtschaft keine Arbeitskräftepotenzialen sprich Einsparung möglich seien.

Im Rahmen der betrieblichen Intensivierung bzw. Rationalisie-

rungprogramme wird eine z. T. recht krasse Konfrontation zwischen

Intensivierungsprogramm und Forde-  
rungen nach exzessiven Formen

der erweiterten Reproduktion sichtbar.

Unbestritten ist, daß beide Forde-  
rungen sich nicht ausschließen und im Rahmen der Volkswirtschaftspläne, Zielstellungen und Möglichkeiten an-  
gewandt werden.

Das volkswirtschaftliche, betriebs-  
wirtschaftliche und territoriale Pro-  
blem besteht aber konkret z. B.  
darin, daß man sich mit dem Nach-  
weis der relativen Freisetzung von  
Arbeitskraft nicht zufrieden ist.

Sicherlich ist viel Überzeugung, Initiative und auch volkswirtschaftliches Denken gegeben, wenn nachgewiesen wird, daß mit der Durch-  
setzung der geplanten Intensivie-  
rungskonzeption höhere Arbeitspro-  
duktivität, schwelles Wachstum der  
Produktion gegenüber dem Wachstum  
des Grundfonds usw. erreicht werden.

Es geht aber um unsere Grenzen  
der objektiven Möglichkeiten, wenn  
z. T. eine solche Konzeption besteht,  
mit mehr Arbeitskräften bzw. zusätzlichen Investitionen und damit  
verbundener Schaffung von mehr  
Arbeitsplätzen höhere Effektivität,

Arbeitsproduktivität, Produktivität  
und so weiter zu erwarten.

Die östlichen Organe der Staats-  
macht die wirtschaftsfördernden und  
lenkenden Institutionen können zulässige Konzeptionen nicht bestätigen,  
die absolut mehr Arbeitskräfte nach  
Arbeitsplätzen als Bedingungen aus-  
weisen. Damit ist der Sinn des For-  
derung des VIII. Parteitags ver-  
loren in eine Bildung interpretiert,  
die niemand vorgesehen hat. Im Ge-  
meinde und wie gesagt: Es geht uns  
nicht nur um eine relative Frei-  
setzung bzw. Minderbeschäftigung  
von Arbeitskräften, sondern auch  
um den Einsatz von weniger  
Arbeitskräften für die Errangung  
gleicher oder größerer Mengen an  
Produkten, Waren und Dienstleis-  
tungen.

Und wenn in der Bilanzierung  
der Gesamtzahl der vorliegenden In-  
tensivierungskonzeptionen zwar eine  
erhebliche Zahl an real einsparbaren  
Arbeitskräften ausgewiesen, aber  
unterweilige insgesamt Arbeitskräfte-  
anforderungen und dann noch mehr  
als die Einsparungen zusammen-  
stehen, kann weder das Territorial-  
organ für die Lenkung der Arbeits-  
kräfte noch die dem Betrieb oder  
Kombinat übergeordnete Leitung zu-  
stimmen.

In den vergangenen zwei Jahren  
der Umstellung ehemaliger priva-  
ter Betriebe auf sozialistische

Arbeitsbeteiligung sowie genossen-  
schaftlicher Betriebe im Volkseigen-  
tum ist noch offensichtlicher gewor-  
den als bisher:

Die industrielle Kleinproduktion  
ist nicht nur längst an die Grenzen  
ihrer eigenen Möglichkeiten der  
Steigerung der Produktivität gesto-  
ßen, sie kommt vielmehr den schmalen  
Fertigung grundlegender volks-  
wirtschaftlicher Prozesse.

Das trifft ganz besonders auf das  
Problem des Arbeitskräfteeinzuges  
zu. Noch bilden die vielen kleinen  
Firma, Maschine, Stahl usw. im  
einzelnen kleinen VEB bei zentraler  
Fertigung Komplettierung usw.  
durch den Erzeugungsgruppen-Lei-  
stung gegeben. Von den Arbeitskräf-  
ten hier sind dabei u. a. solche  
Effekte möglich und auch zeitlich  
relativ schnell realisierbar wie

Steigerung der Produktivität bei  
Einsparung von Arbeitsplätzen für  
die Fertigung des gegebenen Er-  
zeugnisses.

Urtliche Gewinnung von Arbeits-  
kräften für andere, z. B. Dienst-  
leistungsbereiche:

Liquidierung von Arbeitsplätzen,  
die unseres Zielen und Bedin-  
gungen nicht entsprechen, inkl.  
Besserung der betrieblichen  
Lebensbedingungen usw.

Das Problem der Proportionalisierung,  
Einsparung und Planung von Ar-  
beitskräften und Arbeitsplätzen be-  
führt als Bereich der Reproduktion.

Es muß daher in allen Ebenen  
und Verantwortungsbereichen als  
Aufgabe der bewußten Verwirkili-  
chung der ökonomischen Gesetze des  
Sozialismus angesehen werden.

Prof. Dr. rer. hist. A. Mehner,  
Sektion Wirtschaftswissenschaften

SLUB  
Wir führen Wissen.